

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 1:</b>	<b>Bericht des Bundesministers des Innern zur Sicherheitslage</b>
Berichterstattung:	BMI
Hinweise:	ständiger TOP Übersendung aktualisierter Bericht BMI am 23.05.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	VI A 3

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die IMK nimmt den [Bericht](#) des Bundesministers des Innern zur Sicherheitslage (Stand: 22.05.14) zur Kenntnis.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 2:</b>	<b>Bericht über den Sachstand im NPD-Verbotsverfahren</b>
Berichterstattung:	Niedersachsen / Mecklenburg-Vorpommern
Hinweise:	<a href="#">IMK am 06./07.12.12 zu TOP 1</a> <a href="#">MPK am 12.12.13 zu TOP 2</a> Beschlussvorschlag <a href="#">IM NI</a> / <a href="#">IM MV</a> vom 28.04.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss, keine Freigabe Bericht
Az.:	IX H 2.2

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die IMK nimmt den [Bericht](#) der Vertreter der Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zum Sachstand des NPD-Verbotsverfahrens (Stand: 19.05.14) zur Kenntnis. Sie bittet ihren Vorsitzenden, den Bericht dem Vorsitzenden der MPK zuzuleiten.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

**TOP 3:**

**EU-Angelegenheiten**

**TOP 3.1:**

**Bericht des Ländervertreeters im JI-Rat der  
EU**

Berichterstattung:

Rheinland-Pfalz

Hinweise:

ständiger TOP

[Beschlussvorschlag](#) IM RP vom 09.05.14

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und  
Bericht

Az.:

I F 1

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die IMK nimmt den [Bericht](#) des Ländervertreeters im Rat der Justiz- und Innenminister über  
den Zeitraum von Dezember 2013 bis April 2014 (Stand: 20.05.14) zur Kenntnis.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 3:</b>	<b>EU-Angelegenheiten</b>
<b>TOP 3.2:</b>	<b>Post-Stockholm-Prozess</b>
Berichterstattung:	BMI
Hinweise:	<a href="#">UB IMK am 03.12.13</a> <a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 34</a> <a href="#">UB AK II vom 31.03.14</a> <a href="#">Beschlussvorschlag</a> BMI vom 10.04.14 <a href="#">UB AK I vom 28.04.14</a> <a href="#">UB IMK vom 02.05.14</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	VI G 4.1/5

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz**

Die IMK nimmt den mündlichen Bericht des Bundesministers des Innern zur Kenntnis.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

**TOP 3:**

**EU-Angelegenheiten**

**TOP 3.3:**

**Jahresbericht 2013/2014 des Ländervertreeters  
im Strategischen  
Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und  
Asylfragen**

Berichterstattung:

Bayern

Hinweise:

[AK I am 22./23.04.13 zu TOP 1](#)

[IMK am 23./24.05.13 zu TOP 3.2](#)

[AK I am 05./06.05.14 zu TOP 4](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und  
Bericht

Az.:

III A 5

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die IMK nimmt den "[Bericht](#) des Ländervertreeters im Strategischen Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen (SCIFA), Berichtszeitraum: 16.04.13 bis 22.04.14" zur Kenntnis.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 3:</b>	<b>EU-Angelegenheiten</b>
<b>TOP 3.4:</b>	<b>Bericht des Ländervertreeters in der Koordinierungsgruppe für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS) über die Beteiligung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union im Jahr 2013</b>
Berichterstattung:	Baden-Württemberg
Hinweise:	<a href="#">AK II am 10./11.04.13 zu TOP 3</a> IMK am 23./24.05.13 zu <a href="#">TOP 3.3</a> und <a href="#">TOP 7</a> <a href="#">AK II am 09./10.04.14 zu TOP 26</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	VI G 4.1/3

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den "[Bericht](#) über die Beteiligung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union im Jahr 2013" (Stand: 27.03.14) des Ländervertreeters in der Koordinierungsgruppe für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS) zur Kenntnis.
2. Sie bekräftigt ihre Auffassung, dass die Europäische Polizeiakademie CEPOL nicht in das Europäische Polizeiamt EUROPOL integriert werden soll und begrüßt ausdrücklich eine Initiative nahezu aller Mitgliedstaaten, die den Fortbestand von CEPOL als eigenständige Agentur sowie die Verlegung ihres Sitzes nach Budapest zum Ziel hat. Sie bittet den Bundesminister des Innern, die mitgliedstaatliche Initiative weiterhin mit

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

Nachdruck zu unterstützen und die von der Europäischen Kommission alternativ zu ihrer Zusammenlegung vorgeschlagene Co-Location beider Agenturen in Den Haag entschieden abzulehnen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 3.4

3. Die IMK begrüßt, dass die Bundesregierung in Beratungen und schriftlichen Stellungnahmen zum Vorschlag der Datenschutz-Richtlinie die Bedenken des Beschlusses der 197. IMK am 23./24.05.13 zu TOP 7 umfassend eingebracht hat. Sie nimmt jedoch mit Sorge zur Kenntnis, dass sich bei den Erörterungen im Rat eine Berücksichtigung dieser Bedenken in wesentlichen Punkten nicht abzeichnet und Aufgaben der Polizei auf Basis der Polizeigesetze der Länder künftig unterschiedlichen Datenschutzregimen unterliegen könnten.

Die IMK begrüßt daher die Absicht des AK II, ergänzend zur bereits erfolgten Beurteilung möglicher Auswirkungen des Entwurfs einer Datenschutz-Richtlinie nun auch eine Bewertung der Auswirkungen des Vorschlags einer Datenschutz-Grundverordnung auf die Polizeigesetze der Länder vorzunehmen. Sie sieht das Ergebnis dieser Bewertung als wichtige Grundlage für eine weitere Beschlussfassung im Hinblick auf die fortgesetzten Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe "Informationsaustausch und Datenschutz (DAPIX)".



## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 4:

### Reform des Stiftungsrechts

Berichterstattung:	Hessen
Hinweis:	<a href="#">AK I am 05./06.05.14 zu TOP 19</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	V B 7

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK betont die hohe Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern für unsere Gesellschaft und würdigt die vielfältigen Initiativen auf den Gebieten des Stiftungs- und Vereinswesens.
2. Der IMK ist es ein Anliegen, das Stiftungswesen zu fördern. Zu diesem Zwecke sieht sie es als geboten an, die stiftungsrechtlichen Vorschriften auf Möglichkeiten der Vereinheitlichung, Vereinfachung und Zusammenführung zu überprüfen.
3. Sie bittet das BMI, innerhalb der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass eine ergebnisoffene gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die sich mit möglichen Neuerungen auf dem Rechtsgebiet des Stiftungsrechts beschäftigt.
4. Die IMK beauftragt den AK I, ihr zur Herbstsitzung 2015 über das Ergebnis der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu berichten.
5. Sie bittet ihren Vorsitzenden, die Vorsitzende der Justizministerkonferenz über diesen Beschluss zu informieren.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 5:

#### Rückführung nach Afghanistan

#### - Bericht über sicherheits- und abschiebungsrelevante Situation

Berichterstattung:

BMI

Hinweise:

[IMK am 23./24.06.05 zu TOP 5.1](#)

[IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 39](#)

[Beschlussvorschlag BMI](#) vom 09.04.14

[alternativer Beschlussvorschlag IM RP](#) vom 22.05.14

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss,  
keine Freigabe Bericht

Az.:

IV E 3.5

#### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den [Bericht](#) des BMI vom 05.05.14 zur Kenntnis. Sie bittet das BMI, möglichst kurzfristig, in jedem Fall rechtzeitig vor der Herbstsitzung 2014, hinreichend vertiefte Informationen zur spezifischen Rückkehrsituation bestimmter Personengruppen, z. B. alleinstehender junger Männer und von Familien mit Kindern vorzulegen.
2. Sie ist der Auffassung, dass zwangsweise Rückführungen nach Afghanistan weiterhin nur nach umfassender Einzelfallprüfung erfolgen sollen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 6:</b>	<b>Probleme im Vollzug ausländerrechtlicher Vorschriften durch die Länder</b>
Berichterstattung:	BMI
Hinweis:	<a href="#">Beschlussvorschlag BMI</a> vom 14.04.14 alternativer Beschlussvorschlag IM SH vom 26.05.14
Veröffentlichung:	entfällt
Az.:	IV E 8

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die Angelegenheit wurde erörtert.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 7:</b>	<b>Finanzierung der Bereitschaftspolizei durch den Bund</b>
Berichterstattung:	Baden-Württemberg
Hinweise:	<a href="#">IMK am 06./07.12.12 zu TOP 47</a> <a href="#">Beschlussvorschlag IM BW</a> vom 24.04.14
Veröffentlichung:	entfällt
Az.:	VI C 1.4/3

Der TOP wurde zurückgezogen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 8:</b>	<b>Bewältigung des Polizeieinsatzes anlässlich des G8-Gipfels 2015 in Elmau, Oberbayern</b>
Berichterstattung:	Bayern
Hinweis:	<a href="#">AK II am 09./10.04.14 zu TOP 12</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe Beschluss
Az.:	VI C 2.2/5

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den mündlichen Bericht des Vertreters des Freistaates Bayern zur Bewältigung des Polizeieinsatzes aus Anlass des G8-Gipfels 2015 in Bayern zur Kenntnis.
2. Sie sieht die Notwendigkeit, dass die Länder und der Bund für diesen Einsatz von bundesweiter Bedeutung eine hohe Verfügbarkeit von polizeilichen Einsatzkräften und Führungs- und Einsatzmitteln zur Unterstützung der Einsatzmaßnahmen im Freistaat Bayern gewährleisten.
3. Die IMK bittet Bayern, ihr über die weiteren Einsatzplanungen lageangepasst zu berichten.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 9:</b>	<b>Bewältigung des polizeilichen</b>
<b>TOP 9.1:</b>	<b>Einsatzgeschehens bei Fußballereinsätzen</b>
	<b>Bericht über das Gespräch mit DFB und DFL</b>
	<b>am 7. Mai 2014</b>
Berichterstattung:	Nordrhein-Westfalen
Hinweise:	<a href="#">IMK am 23./24.05.13 zu TOP 30</a>
	<a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 51</a>
	<a href="#">Beschlussvorschlag IM NW</a> vom 25.04.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	VI D 2.2/4

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den mündlichen Bericht ihres Vorsitzenden zu den Ergebnissen des Gesprächs mit DFB und DFL zur Kenntnis.
2. Die IMK bittet den Nationalen Ausschuss Sport und Sicherheit (NASS), insbesondere die Wirksamkeit und Möglichkeiten der Reduzierung von Kartenkontingenten, des Einsatzes von Sonderzügen sowie der Verweigerung der Beförderung im ÖPV, des personalisierten Ticketing (kürzlich in Niedersachsen erprobt) und des Aussprechens von Stadionverboten für stark alkoholisierte Fans zu prüfen und die Ergebnisse der IMK auf der nächsten Frühjahrssitzung vorzustellen.
3. Die IMK bittet den Vorsitzenden des NASS, ihr zur Herbstkonferenz 2014 über die Ergebnisse der beim Deutschen Fußball-Bund eingerichteten Arbeitsgruppe zu berichten.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

- TOP 9:** **Bewältigung des polizeilichen**  
**TOP 9.2:** **Einsatzgeschehens bei Fußballspielen**
- Nutzung von präventiv polizeilichen**  
**Maßnahmen**
- **Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur**  
**Entwicklung von**  
**Handlungsempfehlungen für eine**  
**intensivierte bundesweite**  
**Zusammenarbeit im Zusammenhang mit**  
**dem Erlass präventiv polizeilicher**  
**Maßnahmen, insbesondere**  
**Meldeauflagen und**  
**Bereichsbetretungsverboten**

Berichterstattung:

Nordrhein-Westfalen

Hinweise:

[UB IMK vom 21.03.14](#)

[Beschlussvorschlag IM NW](#) vom 25.04.14

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss

Az.:

VI D 2.2/4

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK ist der Auffassung, dass eine konsequente Nutzung präventiv polizeilicher Maßnahmen, insbesondere auch von Meldeauflagen, als wesentlicher Baustein der polizeilichen Einsatzbewältigung zu einer Verbesserung der Sicherheit bei Fußballspielen beiträgt. Sie hält eine enge Zusammenarbeit und einen intensiven Informationsaustausch der (Polizei-) Behörden der Länder und des Bundes in diesem Zusammenhang für erforderlich.



## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

2. Die IMK beauftragt den AK II, unter Berücksichtigung rechtlicher und einsatztaktischer Gesichtspunkte, Handlungsempfehlungen einer intensivierten bundesweiten Zusammenarbeit bei Prüfung und Erlass präventiv polizeilicher Maßnahmen, insbesondere von Meldeauflagen und Bereichsbetretungsverboten, zu erarbeiten und diese zur nächsten Frühjahrssitzung vorzulegen.

noch TOP 9.2

### Protokollnotiz BY:

Nach dem Wortlaut des TOP soll eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen eingerichtet werden. Mit dem Themenkomplex befasst sich aktuell bereits die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Intensivtäter Gewalt und Sport". Daher besteht aus Sicht von Bayern derzeit keine Notwendigkeit, eine zweite Arbeitsgruppe zu dem gleichen Themenkomplex einzurichten. Es sollte zunächst die Fertigstellung der Konzeption "Intensivtäter Gewalt und Sport" abgewartet werden. Anschließend könnte bei Vorliegen eines weiteren bzw. ergänzenden Handlungsbedarfs die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erneut geprüft werden.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 9:</b>	<b>Bewältigung des polizeilichen</b>
<b>TOP 9.3:</b>	<b>Einsatzgeschehens bei Fußballspielen</b>
	<b>"Niedersächsisches Modell" des kombinierten</b>
	<b>Verfahrens Reisemittel und personalisierte</b>
	<b>Ticketabgabe</b>
Berichterstattung:	Niedersachsen
Hinweis:	<a href="#">Beschlussvorschlag IM NI</a> vom 23.04.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	VI C 2.1

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den Erfahrungsbericht Niedersachsens zur Umsetzung des kombinierten Verfahrens von Reisemitteln und personalisierter Ticketabgabe (Stand: XX.05.14) zur Kenntnis.
2. Sie stellt fest, dass dieses Modell anlässlich der Bewältigung von sogenannten Hochrisikospiele auch in unteren Ligen ein geeignetes Instrument darstellen könnte, um insbesondere
  - die Anwesenheit von potentiellen Störern bzw. Gewalttätern in den Stadien und ihrem Umfeld wesentlich zu erschwerensowie
  - die Gelegenheiten von Störungen auf Reisewegen wirkungsvoll zu begrenzen und damit zu einem sicheren Fanreiseverkehr beizutragen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 10:

### 20 Jahre Bund-Länder-Kooperation im Rahmen der Beteiligung Deutschlands an internationalen Polizeimissionen

Berichterstattung:	Nordrhein-Westfalen
Hinweis:	<a href="#">Beschlussvorschlag IM NW</a> vom 16.04.14 <a href="#">ergänzender Beschlussvorschlag IM SN</a> vom 23.05.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	VI G 6.1

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK hält die Beteiligung an internationalen Polizeimissionen für eine wichtige Aufgabe und bittet Bund und Länder, diese auch weiterhin gemeinsam zu tragen.

Sie stellt fest, dass

- deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte in den Missionen aufgrund ihrer Professionalität und zielgerichteten Missionsvorbereitung sehr geschätzt werden,
- ihr Wirken in den letzten 20 Jahren einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Konfliktregionen geleistet und
- zu einer hohen internationalen Wertschätzung der deutschen Polizei im Ausland geführt hat.

Aus Sicht der IMK bleibt die Entsendung deutscher Polizeibeamtinnen und -beamter in internationale Friedensmissionen und bilaterale Unterstützungsprojekte auch in Zukunft ein wirkungsvolles Mittel, außenpolitische Belange Deutschlands zu unterstützen, die Innere Sicherheit in einer globalisierten Gesellschaft zu stärken und am Schutz von Menschenrechten in Konfliktgebieten mitzuwirken. Die IMK misst der Sicherheit der eingesetzten deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten höchste Priorität bei.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 10

2. Die IMK dankt allen Polizeibeamtinnen und -beamten, die an internationalen Polizeimissionen und bilateralen Unterstützungsprojekten teilgenommen haben. Sie ist sich bewusst, dass die Beteiligung mit großem Engagement, teilweise sehr hohem Gefahrengrad, vielen persönlichen Einschränkungen im Missionsgebiet und erheblichen Auswirkungen für die private Lebensgestaltung verbunden war. Die IMK dankt ausdrücklich auch den Familien der entsandten Polizeibeamtinnen und -beamten, ohne deren Unterstützung eine Auslandsverwendung nicht möglich gewesen wäre.
  
3. Die IMK dankt der AG Internationale Polizeimissionen (AG IPM) für die bisher geleistete Arbeit. Sie nimmt anerkennend zur Kenntnis, dass durch eine wirkungsvolle Kooperation zwischen dem Bund und den Ländern im Rahmen der AG IPM in den letzten zwei Jahrzehnten hoch qualifizierte Polizeibeamtinnen und -beamte in internationalen Polizeimissionen und bilaterale Unterstützungsprojekte entsandt werden konnten. Zu der erfolgreichen Verwendung im Ausland haben die Vor- und Nachbereitungsseminare sowie die fortlaufende Betreuung einen entscheidenden Beitrag geleistet. Hierfür dankt die IMK dem Bund sowie den Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 11:

### Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kfz-Kriminalität - Sachstandsbericht

Berichterstattung:

Sachsen

Hinweise:

[AK II am 10./11.04.13 zu TOP 15](#)

[IMK am 23./24.05.13 zu TOP 11](#)

[AK II am 09./10.04.14 zu TOP 5.2](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe  
Beschluss und Bericht

Az.:

VI D 7.1/1

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den "[Zwischenbericht](#) der Koordinierungsgruppe 'Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kfz-Kriminalität' -VS-NfD-" (Stand: 06.04.14) zur Kenntnis.
2. Sie beauftragt den AK II, über den weiteren Fortgang bis zur Frühjahrssitzung 2015 abschließend zu berichten.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 12:</b>	<b>Soziale Netzwerke</b>
<b>TOP 12.1:</b>	<b>Nachwuchsgewinnung in sozialen Netzwerken</b>
Berichterstattung:	Hamburg
Hinweise:	<a href="#">AK II am 18./19.04.12 zu TOP 39</a> IMK am 31.05./01.06.12 zu <a href="#">TOP 15</a> und <a href="#">TOP 16</a> <a href="#">AK II am 10./11.04.13 zu TOP 34</a> <a href="#">AK II am 09./10.04.14 zu TOP 15.1</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss, keine Freigabe Bericht
Az.:	V B 2.2

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den "[Abschlussbericht](#) der Bund-Länder-Projektgruppe (BLPG) 'Nachwuchsgewinnung in sozialen Netzwerken'" (Stand: 06.02.14) zur Kenntnis.
2. Sie teilt die Auffassung, dass die Nutzung sozialer Netzwerke die polizeilichen Möglichkeiten zur Nachwuchsgewinnung erweitert, deren Erfolgsaussichten erhöht und in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Ergänzung zu den herkömmlich genutzten "klassischen" Medien wie Rundfunk, Fernsehen, Fachzeitschriften und Tageszeitungen darstellen kann.
3. Die IMK nimmt zur Kenntnis, dass einige Polizeien der Länder und des Bundes soziale Netzwerke bereits nutzen. Sie unterstützt die Empfehlung an Bund und Länder, soziale Netzwerke im Rahmen ihrer Nachwuchsgewinnung, unter Berücksichtigung der in dem Abschlussbericht der BLPG aufgezeigten Empfehlungen, zu nutzen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 12.1

### Protokollnotiz BE:

Das Land Berlin behält sich vor, nicht an der zentralen Qualifizierung des "Redaktionspersonals" teilzunehmen.



## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

**TOP 12:**

**Soziale Netzwerke**

**TOP 12.2:**

**Abschlussbericht der  
Bund-Länder-Projektgruppe "Taktische  
Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Netzwerken"**

Berichterstattung:

Hamburg

Hinweise:

[AK II am 18./19.04.12 zu TOP 39](#)

IMK am 31.05./01.06.12 zu [TOP 15](#) und [TOP 16](#)

[AK II am 10./11.04.13 zu TOP 34](#)

[AK II am 09./10.04.14 zu TOP 15.2](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss,  
keine Freigabe Bericht

Az.:

V B 2.2

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den "[Abschlussbericht](#) der Bund-Länder-Projektgruppe 'Taktische Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Netzwerken'" (Stand: 10.02.14) zur Kenntnis.
2. Sie teilt die Auffassung, dass die Nutzung sozialer Netzwerke zur taktischen Öffentlichkeitsarbeit die Bewältigung von polizeilichen Einsätzen aus besonderen Anlässen unterstützen kann und schlägt Bund und Ländern vor, Art und Umfang der Nutzung dieses zeitgemäßen Informations- und Kommunikationsmediums zu prüfen und die im Abschlussbericht der BLPG aufgezeigten Empfehlungen als Grundlage der Umsetzung zu nutzen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 13:</b>	<b>Begleitung von Großraum- und</b>
<b>TOP 13.1:</b>	<b>Schwertransporten (GST)</b>
	<b>Entlastungsmöglichkeiten für die Polizei</b>
Berichterstattung:	Hamburg
Hinweise:	<a href="#">IMK am 17./18.04.08 zu TOP 16</a> <a href="#">AK II am 29./30.10.13 zu TOP 32</a> <a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 19</a> <a href="#">AK II am 09./10.04.14 zu TOP 16.1</a> <a href="#">alternativer Beschlussvorschlag IM SN</a> vom 23.05.14  alternativer Beschlussvorschlag IM NW vom 06.06.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss, keine Freigabe Bericht
Az.:	VI C 1.1/5

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den [Sachstandsbericht](#) "Entlastungsmöglichkeiten für die Polizei in Zusammenhang mit Großraum- und Schwertransporten" (Stand: 06.12.13) und den Beschluss des AK II vom 09./10.04.14 zu TOP 16.1 zur Kenntnis.
2. Sie nimmt die Behandlung der Thematik in den Gremien der Verkehrsressorts zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem [Bericht](#) der ressortübergreifenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe des BLFA-StVO/OWi und des UA FEK (AG VPA) vom 04.05.11 zur Kenntnis.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

3. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, mit dem Ziel an das BMVI heranzutreten, die Begleitung von Schwertransporten durch Beliehene bundesweit zu ermöglichen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 13.1

4. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, den Bundesminister für Verkehr aufzufordern, die gemäß Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17.10.13 fachlich abgestimmten Vorschläge zur Überarbeitung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Absatz 3 StVO kurzfristig umzusetzen, um der zunehmenden Belastungssituation der Polizeien entgegen zu wirken.
  
5. Die IMK beauftragt den AK II, zur Herbstsitzung 2014 erneut schriftlich zu berichten.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 13.1

### alternativer Beschlussvorschlag NW:

1. und 2. unverändert
3. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, mit dem Ziel an ~~das BMVI~~ den Bundesminister für Verkehr heranzutreten, die Begleitung von Schwertransporten durch Beliehene bundesweit zu ermöglichen. **Hierdurch dürfen sich keine zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich der in Ziffer 4 vorgesehenen Maßnahmen ergeben.**
4. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, den Bundesminister für Verkehr aufzufordern, gemäß Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom ~~16./17.10.13~~ **06./07.11.13** zu TOP 6.1 die fachlich abgestimmten Vorschläge zur Überarbeitung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Absatz 3 StVO kurzfristig umzusetzen, um der zunehmenden Belastungssituation der Polizeien entgegen zu wirken.
5. unverändert

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 13:</b>	<b>Begleitung von Großraum- und</b>
<b>TOP 13.2:</b>	<b>Schwertransporten (GST)</b>
	<b>Prüfung weiterer</b>
	<b>Harmonisierungsmöglichkeiten bei den</b>
	<b>sogenannten polizeilichen Abfahrtskontrollen</b>
Berichterstattung:	Hamburg
Hinweise:	<a href="#">IMK am 17./18.04.08 zu TOP 16</a>
	<a href="#">AK II am 29./30.10.13 zu TOP 32</a>
	<a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 19</a>
	<a href="#">AK II am 09./10.04.14 zu TOP 16.2</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	VI C 1.1/5

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz :

1. Die IMK nimmt den [Abschlussbericht](#) der Projektgruppe "Prüfung weiterer Harmonisierungsmöglichkeiten bei den sogenannten polizeilichen Abfahrtskontrollen" (Stand: 09.10.13) zur Kenntnis.
2. Sie hält die im Abschlussbericht dargestellten Handlungsempfehlungen für geeignet, ohne großen administrativen Aufwand eine personelle Entlastung der Polizei sowie Beschleunigung der Transporte herbeizuführen.
3. Die IMK stellt darüber hinaus fest, dass
  - der Bericht länderübergreifend geltende Mindeststandards beschreibt und
  - die Entscheidung darüber, inwieweit einzelne intensivere Kontrollen bei den

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

polizeilich begleiteten Großraum- und Schwertransporten bzw. Schwerpunktkontrollen durchgeführt werden, weiterhin möglich ist und den einzelnen Ländern obliegt.

noch TOP 13.2

4. Sie empfiehlt den Ländern, die im Abschlussbericht enthaltenen Mindeststandards und Handlungsempfehlungen bei der Begleitung und Übernahme von Großraum- und Schwertransporten umzusetzen.



## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 14:</b>	<b>Notwendigkeit der Erfassung schwerstverletzter Verkehrsunfallopfer in der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik</b>
Berichterstattung:	Hamburg
Hinweis:	<a href="#">VMK am 10./11.04.13 zu TOP 6.2</a> gescheiterter UB AK II vom 20.05.14
Veröffentlichung:	entfällt
Az.:	VII C 1.4/1

Der TOP wurde abgesetzt.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 15:

**Vereinbarung zwischen dem Vorstand der  
Stiftung Deutsches Forum für  
Kriminalprävention (DFK) und der  
Projektleitung Polizeiliche  
Kriminalprävention (PL PK) für die Länder  
über die personelle Unterstützung der  
Geschäftsstelle des DFK sowie Konzeption zur  
Einrichtung einer Informations- und  
Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)**

Berichterstattung:

Baden-Württemberg

Hinweise:

[AK II am 18./19.04.12 zu TOP 41](#)

[AK II am 29./30.10.13 zu TOP 46](#)

[AK II am 09./10.04.14 zu TOP 28](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss,  
Vereinbarung und Konzept

Az.:

VI E 1.6

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt die "[Vereinbarung](#) zwischen dem Vorstand der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK) für die Länder über die personelle Unterstützung der Geschäftsstelle des DFK" (Stand: 13.09.13) sowie das "[Konzept](#) der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) über die Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)" (Stand: 28.03.14) zur Kenntnis.
2. Sie begrüßt die im Konzept aufgezeigten Maßnahmen, um insbesondere reichweitenstarke Präventionsaktionen mit bundesweitem Charakter frühzeitig zu

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

bündeln und zu vernetzen sowie die Schnittstelle zwischen gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention weiter zu optimieren.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 15

3. Sie bittet ihren Vorsitzenden und den Bundesminister des Innern, die zuständigen Bundesministerien sowie die Vorsitzenden der betroffenen Fachministerkonferenzen über diesen Beschluss zu informieren und darum zu bitten, die erforderlichen kriminalpräventiven Planungsinformationen zur Verfügung zu stellen. Ferner bittet sie, eine personelle Unterstützung der ressortübergreifenden Tätigkeit der ISeP über die bereits beteiligten Ressorts der Innen- bzw. Justizseite hinaus zu prüfen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 16:

**Informationsmodell Polizei (IMP) -  
Framework XPolizei**

Berichterstattung:

Rheinland-Pfalz

Hinweise:

[IMK am 20./21.11.08 zu TOP 9](#)

[IMK am 31.05./01.06.12 zu TOP 13](#)

[AK II am 09./10.04.14 zu TOP 32](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe  
Beschluss und Berichte

Az.:

VI C 6.2/2

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt das "[Rahmendokument](#) XPolizei, Version 1.2" (Stand: 15.09.13), das "[Rahmenkonzept](#) für die Errichtung Lokaler Informationsmodellkoordinierungsstellen bei den INPOL-Teilnehmern (Rahmenkonzept LIK), Version 1.1" (Stand: 11.09.13) und die "[XPolizei-Verfahrensgrundsätze](#), Version 1.1" (Stand: 12.09.13) zur Kenntnis.
2. Sie stellt fest, dass nach Maßgabe dieser Dokumente nunmehr verbindliche Regelungen für die Aufbau- und Ablauforganisation von XPolizei vorliegen.
3. Die IMK beauftragt den AK II, ihr anlassbezogen zur Fort- und Weiterentwicklung des Frameworks XPolizei zu berichten.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### **TOP 17:**

### **Gemeinsame Polizei-App der Länderpolizeien**

Berichterstattung:

Sachsen

Hinweise:

[AK II am 09./10.04.14 zu TOP 48](#)

[Beschlussvorschlag IM SN vom 05.05.14](#)

[alternativer Beschlussvorschlag BMI vom  
22.05.14](#)

alternativer Beschlussvorschlag IM BY vom  
26.05.14

Veröffentlichung:

entfällt

Az.:

VI C 6.1/10

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die Angelegenheit wurde erörtert.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 18:

### Einführung eines nationalen Waffenregisters

Berichterstattung:

BMI

Hinweise:

[IMK am 05.06.09 zu TOP 17](#)

[IMK am 06./07.12.12 zu TOP 18](#)

[IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 22](#)

[AK II am 09./10.04.14 zu TOP 43](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss,  
keine Freigabe Berichte

Az.:

VII D 1

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den [9. Sachstandbericht](#) der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Nationales Waffenregister (BLAG NWR) in der Version 2.0 (Stand: März 2014) zur Kenntnis.
2. Sie stellt fest, dass das Nationale Waffenregister stabil und sicher betrieben wird und sich als föderaler IT-Verbund bewährt hat. Sie stellt fest, dass die Auskunftsfunktionalitäten des NWR von den Polizeibehörden und den anderen nach § 10 NWRG auskunftsberechtigten Stellen umfassend genutzt werden.
3. Die IMK stellt fest, dass für den reibungslosen Betrieb des NWR unter Einbeziehung von Vertretern aus den AK II-Gremien eine dauerhafte Betriebsorganisation etabliert wurde. Sie bittet die Länder, die Vertreter aus Waffenbehörden in die Gremien der Betriebsorganisation des NWR entsenden, diese weiterhin bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 18

4. Die IMK bittet die Länder, in Fortführung der bisherigen Beschlusslage im Rahmen ihrer Fachaufsicht bei den Behördenleitungen der Waffenbehörden weiterhin darauf hinzuwirken, dass diese ihre Mitarbeiter weiter in die Lage versetzen, ihre Aufgaben im Zusammenhang mit dem sicheren Betrieb des NWR insbesondere zur weiteren kontinuierlichen Datenbereinigung erfüllen zu können.
5. Die IMK nimmt den Bericht der vom AK II eingesetzten Expertenkommission zur [Evaluierung der Fachlichen Leitstelle](#) NWR (FL NWR) für den Zeitraum 2013 (Stand: 28.02.14) zur Kenntnis. Sie nimmt darüber hinaus den [Bericht \(Stand: 27.02.14\) über die konkreten Aufgaben und die Kostenplanung der FL NWR](#) für das Jahr 2015 sowie die [Entscheidung des AK II über das Budget](#) der FL NWR für das Jahr 2015 und die Verwendung aus 2012 und 2013 verbliebener Restmittel zur Kenntnis.
6. Die IMK nimmt zur Kenntnis, dass die BLAG NWR die Entscheidungsvorbereitung zur Erfassung des Waffenlebenszyklus durch Einbeziehung von Waffenherstellung und Waffenhandel in das NWR weiter vorangetrieben hat.
7. Sie spricht sich dafür aus, dass die BLAG NWR dem IT-Planungsrat einen Projektvorschlag zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der elektronischen Kommunikationswege am Beispiel der Waffenverwaltung IT-Planungsrat unterbreitet. Die Pilotierung der elektronischen Antragstellung für waffenrechtliche Leistungen und die Umsetzungsmöglichkeiten für die elektronische Aktenführung sollen fortgesetzt werden.
8. Die IMK beauftragt den AK II, unter Einbeziehung der Ergebnisse der BLAG NWR zur Herbstkonferenz 2014 erneut zu berichten, insbesondere über
  - eine Entscheidungsvorlage zur Erfassung des Waffenlebenszyklus durch Einbeziehung von Waffenherstellung und Waffenhandel in das NWR, die neben einer detaillierten Darstellung des Gegenstandes und des Bedarfs eine Grobkonzeption der technisch-organisatorischen Umsetzungsmöglichkeiten sowie



## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

eine Abschätzung der Kosten für Bund, Länder und Kommunen umfasst,

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 18

- die Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten des NWR sowie die Umsetzungsmöglichkeiten und -bedingungen der automatisierten Gruppenauskunft für die polizeilichen Nutzer und
- den Sachstand bei der Gestaltung von E-Government-Prozessen im Zusammenwirken mit entsprechenden Vorhaben des IT-Planungsrates, insbesondere zu Umsetzungsmöglichkeiten und -szenarien zur Vereinfachung der elektronischen Kommunikationswege, elektronischen Antragstellung für waffenrechtliche Leistungen und Umsetzungsmöglichkeiten der elektronischen Aktenführung.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 19:

#### **Bericht zur polizeilichen Nachwuchsgewinnung im Lichte des demografischen Wandels**

Berichterstattung:	Mecklenburg-Vorpommern
Hinweise:	<a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 26</a> <a href="#">UB AK II vom 21.05.14</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	VI F 2

#### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den "[Bericht zur polizeilichen Nachwuchsgewinnung](#) im Lichte des demografischen Wandels" (Stand: 21.05.14) zur Kenntnis.
2. Sie stellt fest, dass auf Grund der Auswirkungen des demografischen Wandels weiterhin Veränderungs- und Anpassungsprozesse bei der Nachwuchsgewinnung erforderlich sind, damit die Polizeien der Länder und des Bundes im Verhältnis zum übrigen öffentlichen Dienst und zur Wirtschaft als gefragte "Arbeitgeber" konkurrenzfähig bleiben.
3. Die IMK sieht in den Schlussfolgerungen des Berichtes geeignete Handlungsempfehlungen für die polizeiliche Nachwuchsgewinnung und begrüßt, dass zwischen den Polizeien der Länder und des Bundes in der Nachwuchsgewinnung die gemeinsamen Interessen sowie die Kooperation gegenüber der Konkurrenz überwiegen und empfiehlt den Personalverantwortlichen (sowie ihren Auswahl- und Einstellungsdiensten),
  - weiterhin erfolgreiche Beispiele in der Nachwuchswerbung und -gewinnung

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

auszutauschen und

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 19

- auch zukünftig den Erfahrungsaustausch fortzuführen sowie Kooperationsansätze zur Zusammenarbeit zu nutzen.
4. Die IMK empfiehlt, die im Bericht dargestellten Schlussfolgerungen zur Sicherung ausreichender Nachwuchsgewinnung in den Polizeien von Bund und Ländern bei der Entwicklung von Konzepten zu berücksichtigen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 20:</b>	<b>Neuausrichtung des Verfassungsschutzes - Gesamtübersicht</b>
Berichterstattung:	Hamburg
Hinweise:	<a href="#">IMK am 06./07.12.12 zu TOP 22</a> <a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 6.4</a> <a href="#">AK IV am 09.01.14 zu TOP 2.1</a> <a href="#">AK IV am 09./10.04.14 zu TOP 2.1</a> <a href="#">AK II / AK IV am 07.05.14 zu TOP 1</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss, keine Freigabe Bericht
Az.:	IX A 1

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den "[Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe](#) von AK II und AK IV 'Gesamtübersicht Neuausrichtung des Verfassungsschutzes' -VS-NfD-" (Stand: 09.04.14) zur Kenntnis.
2. Sie stellt fest, dass im Gesamtprozess der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes seit dem Beschluss der IMK vom 06./07.12.12 zu TOP 22 die entsprechenden Vorschläge bereits zu einem großen Teil umgesetzt werden konnten und weitere Empfehlungen sowohl der BLKR und des PUA als auch des AK IV in seinem Bericht vom Herbst 2012 konstruktiv aufgegriffen und voran gebracht worden sind. Dies betrifft auch die Fragen einer intensivierten Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 20

3. Die IMK stellt fest, dass die Anforderungen an die Sicherheitsbehörden und ihre Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Aufklärung und der Abwehr von Gefahren aus dem Bereich des politischen Extremismus und der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität in den vergangenen Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ - zum Beispiel durch Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik - zugenommen haben. Zu nennen sind dabei insbesondere:
- von salafistischen Bestrebungen ausgehende Radikalisierungsprozesse, verbunden mit vermehrten Ausreisen nach Syrien und der Gefahr von Anschlägen durch Rückkehrer,
  - linksextremistisch motivierter und gewaltorientierter Protest gegen gesellschaftliche Entwicklungen und dabei nicht zuletzt die Gefahr einer sinkenden Hemmschwelle der Gewaltanwendung, insbesondere gegen Polizeibeamte, sowie
  - die anhaltende Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Rechtsextremisten und die von ihnen ausgehenden Gefahren, insbesondere für Menschen ausländischer Herkunft.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 21:</b>	<b>Handlungsempfehlungen BLKR und PUA</b> <b>- Bericht über den Sachstand der Aufträge der IMK vom 05./06.12.13 zu TOP 3 Nr. 4 und TOP 4 Nr. 3</b>
Berichterstattung:	Niedersachsen / Nordrhein-Westfalen
Hinweise:	AK II / AK IV am 05.11.13 zu <a href="#">TOP 2</a> und <a href="#">TOP 7</a> IMK vom 04. bis 06.12.13 zu <a href="#">TOP 3 Nr. 4</a> und <a href="#">TOP 4 Nr. 3</a> <a href="#">AK IV am 09./10.04.14 zu TOP 3</a> <a href="#">AK II / AK IV am 07.05.14 zu TOP 2</a> <a href="#">UB AK II / AK IV vom 21.05.14</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	VI D 4.3/1

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den [Bericht](#) der gemeinsamen Arbeitsgruppe von AK II und AK IV zum Sachstand der Aufträge der IMK vom 05./06.12.13 zu TOP 3 und TOP 4 (Stand: 20.05.14) zur Kenntnis.
2. Sie stellt fest, dass die Empfehlungen zum Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes im Zuge der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes aufgegriffen und umgesetzt wurden bzw. sich in der Umsetzung befinden [vgl. TOP 20 Bericht 'Gesamtübersicht Neuausrichtung des Verfassungsschutzes -VS-NfD-' (Stand: 09.04.14)].



## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 21

### 3. Sie stellt fest, dass die Empfehlungen zu den Themen

- Arbeits- und Fehlerkultur (PUA - Ziffer 1.2),
- Überprüfung ungeklärter Straften (PUA - Ziffer 1.3),
- deliktsübergreifende Zusammenarbeit (PUA - Ziffer 1.5),
- Interoperabilität der Datensysteme (PUA - Ziffer 1.7),
- Blickwinkel für überregionales, deutschlandweites und internationales Handeln (PUA - Ziffer 1.8),
- kritische Evaluation der Ermittlungsschritte und Auswertergebnisse (PUA - Ziffer 1.9),
- bundesweite Übersicht der untergetauchten Rechtsextremisten mit Haftbefehl (PUA - Ziffer 1.10),
- Einstellung von Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund (PUA - Ziffer 1.11),
- interkulturelle Kompetenz (PUA - Ziffer 1.12),
- Rechte von Opferzeugen (PUA - Ziffer 1.14),
- spezialisierte Beratungsangebote (PUA - Ziffer 1.15),
- Überprüfung von bisher erfolglos verlaufenden Ermittlungen (PUA - Ziffer 1.16),
- Cold case units (PUA - Ziffer 1.17),
- Ausschöpfung der Recherchemöglichkeiten im BKA (PUA - Ziffer 1.18) und
- Dienst- und Fachaufsicht (BLKR - Ziffer 3.1.7)

durch die Polizeien des Bundes und der Länder geprüft wurden. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

### 4. Die IMK bittet Bund und Länder und beauftragt die jeweils genannten Gremien, die im Bericht dargestellten weiteren Umsetzungsvorschläge sowie Prüfaufträge aufzugreifen. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Empfehlungen zu folgenden Themen:

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 21

- Prüfung und Dokumentation des Motivs bei Gewaltkriminalität (PUA - Ziffer 1.1),
  - Überarbeitung des „Themenfeldkatalogs PMK“ (PUA - Ziffer 1.4.),
  - verbindlicher Informationsaustausch Polizei / Justiz (PUA - Ziffer 1.4.),
  - zentral geführte Ermittlungen (PUA - Ziffer 1.6),
  - Kommunikation mit den Opfern (PUA - Ziffer 1.13),
  - geeignete Aus- und Fortbildung (PUA - Ziffer 1.19 bis 1.21),
  - gesetzliche Regelungen und einheitlicher Sprachgebrauch für V-Personen (PUA - Ziffer 1.44),
  - Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden (Informationsaustausch) (BLKR - Ziffer 3.1.3.2),
  - Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz – Schaffung eines standardisierten Verfahrens für eine strukturierte Informationsübermittlung (BLKR - Ziffer 3.1.3.5),
  - Geheimschutz und Verwertbarkeit (BLKR - Ziffer 3.1.3.7),
  - Anordnungsbefugnis für verdeckte Maßnahmen (BLKR - Ziffer 3.1.4.3) und
  - Strafbarkeit von Quellen (BLKR - Ziffer 3.1.4.4).
5. Die IMK sieht in der Umsetzung der Empfehlungen eine nachhaltige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz und Justiz.
6. Sie bittet ihren Vorsitzenden, die Vorsitzende der Justizministerkonferenz über ihren Beschluss und den Bericht zu informieren.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 22:</b>	<b>Neufassung des § 19 BVerfSchG - Bericht der Arbeitsgruppe</b>
Berichterstattung:	BMI
Hinweise:	<a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 5</a> <a href="#">AK IV vom 09.01.14 zu TOP 1.1</a> <a href="#">AK IV am 09./10.04.14 zu TOP 4</a> <a href="#">AK II / AK IV am 07.05.14 zu TOP 3</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss, keine Freigabe Bericht
Az.:	VI D 4.4/12

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die IMK nimmt den vom BMI unter Beteiligung von AK II und AK IV erstellten "[Bericht](#) zu einer möglichen Neufassung des § 19 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend der Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts-Urteils vom 24.04.13, 1 BvR - 1215/07 (ATDG)" (Stand: 10.04.14) zur Kenntnis.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 23:</b>	<b>Einrichtung eines länderübergreifenden Präventionsnetzwerks Salafismus</b>
Berichterstattung:	Hessen
Hinweise:	<a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 52</a> <a href="#">AK IV vom 09.01.14 zu TOP 2.2</a> <a href="#">AK IV vom 09/10.04.14 zu TOP 7</a> <a href="#">AK II / AK IV am 07.05.14 zu TOP 5</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	IX J 2.6

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den ersten [Sachstandsbericht](#) der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Einrichtung eines länderübergreifenden Präventionsnetzwerks Salafismus" (Stand: 02.05.14) zur Kenntnis und beauftragt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, den Bericht unter Berücksichtigung der bisherigen Arbeiten der GTAZ-AG-Deradikalisierung, unter Beteiligung des ProPK und des BAMF, sowie der abschließenden Ergebnisse der Erhebung und Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe aller bisher aus Deutschland nach Syrien Ausgereisten fortzuschreiben.
2. Sie bittet die AG Deradikalisierung im GTAZ, auf Basis einer erneuten Erhebung eine Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe aller bisher aus Deutschland nach Syrien Ausgereisten zur Verbesserung der Erkenntnislage bis zu ihrer Herbstsitzung vorzulegen. Hier sollte weiterhin die Forschungsstelle Terrorismus des BKA beteiligt werden.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 23

3. Die IMK hält einen regelmäßigen Austausch über die bestehende Fortentwicklung im Bereich der Salafismusprävention und -intervention im Rahmen der GTAZ-AG-Deradikalisierung für geboten.
  
4. Sie beauftragt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Einrichtung eines länderübergreifenden Präventionsnetzwerks Salafismus", zu ihrer Herbstsitzung 2014 einen fortgeschriebenen Bericht mit einer Rahmenkonzeption vorzulegen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 24:</b>	<b>Verhinderung der Ausreise von gewaltbereiten Salafisten</b>
Berichterstattung:	Nordrhein-Westfalen
Hinweis:	<a href="#">Beschlussvorschlag IM NW vom 28.04.14</a> <a href="#">alternativer Beschlussvorschlag IM BY vom 22.05.14</a> neuer alternativer Beschlussvorschlag nach VK IM BY vom 05.06.14 alternative Beschlussvorschläge BMI vom 05.06.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe Beschluss
Az.:	IV E 3

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK betont, dass die derzeit ca. 320 Personen, die aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen, die Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und bei Rückkehr ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen. Daher hält sie es für notwendig, dass die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder konsequente und abgestimmte Maßnahmen zum salafistischen Personenpotenzial ergreifen, um weitere Ausreisen in Krisen- oder Kriegsgebiete effektiv zu verhindern.
2. Die IMK beauftragt den AK IV, unter Beteiligung des AK I und des AK II, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die umfassend prüft, wie Ausreisen effektiver verhindert werden können. Dabei sollte auch geprüft werden, ob das Personalausweisgesetz (und ggf. weitere untergesetzliche Vorschriften) geändert werden müsste.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

3. Die IMK beauftragt den AK I zu prüfen, inwieweit bei ausländischen Gefährdern geeignete aufenthaltsrechtliche Maßnahmen zur Verhinderung einer Wiedereinreise getroffen werden können.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 24

### **alternativer Beschlussvorschlag BY nach VK:**

1. und 2. unverändert
3. ~~Die IMK beauftragt den AK I zu prüfen, inwieweit b~~Bei ausländischen Gefährdern **sind vorrangig** geeignete aufenthaltsrechtliche Maßnahmen zur Verhinderung einer Wiedereinreise ~~getroffen werden können~~ **zu prüfen.**

### **alternative Beschlussvorschläge BMI zu Ziffer 1 Satz 1:**

1. Die IMK betont, dass die derzeit ca. 320 Personen, die aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen **oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen**, die Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und bei Rückkehr ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen.

oder

1. Die IMK betont, dass die ~~derzeit ca. 320~~ Personen, die aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen, die Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und bei Rückkehr ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen.



## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 25:

**Entwicklung im Bereich des  
Linksextremismus**

**- Lagebild und Konsequenzen im Bereich des  
Verfassungsschutzes**

Berichterstattung:

Hamburg

Hinweis:

[AK IV am 09./10.04.14 zu TOP 10](#)

[alternativer Beschlussvorschlag BMI vom  
22.05.14](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe  
Beschluss

Az.:

VI D 4.3/2

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK sieht mit Sorge, dass von Aktionen des gewaltbereiten Linksextremismus in jüngerer Zeit größere Gefahren ausgegangen sind. Sie begrüßt deshalb die Absicht des Verfassungsschutzverbundes, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzusetzen, die neben einem umfassenden Lagebild weitere Vorschläge zur operativen Aufklärung des gewaltbereiten Linksextremismus vorlegen soll.
2. Die IMK unterstützt ferner die Anregung des AK IV, eine sozialwissenschaftliche Studie durch eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung durchführen zu lassen, die die Einstellungen zum Linksextremismus und zu entsprechend motivierten Straftaten erhebt und analysiert. Diese Studie soll auch genauere Erkenntnisse über das Umfeld des gewaltbereiten Linksextremismus und mögliche Radikalisierungsprozesse gewinnen.
3. Die IMK beauftragt den AK IV, Finanzierungsmöglichkeiten für eine entsprechende

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

Erhebung zu prüfen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 26:

#### Einrichtung eines Projekts NADIS WN

- Vorlage Fortschrittsbericht des  
Bund-Länder-Lenkungskreises

Berichterstattung:

BMI

Hinweise:

[IMK am 31.05./01.06.07 zu TOP 20](#)

[IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 29](#)

[Beschlussvorschlag BMI vom 11.04.14](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe  
Beschluss und Bericht

Az.:

IX H 4

#### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

Die IMK nimmt den "[Statusbericht](#) für den Zeitraum 18.10.13 bis 17.04.14 -VS-NfD-" (Stand: 17.04.14) des Bund-Länder-Lenkungskreises zu NADIS-neu zur Kenntnis und bittet um Vorlage eines weiteren Berichts zum Fortschritt im Projekt zu ihrer Herbstsitzung 2014.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 27:</b>	<b>Ergänzende Zivilschutzausstattung des Bundes</b>
Berichterstattung:	Hessen
Hinweise:	<a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 46</a> <a href="#">Beschlussvorschlag IM HE vom 25.04.14</a>
Veröffentlichung:	entfällt
Az.:	X D 15

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die Angelegenheit wurde erörtert.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 28:

#### Folgerungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen aus den Ereignissen in Fukushima

Berichterstattung:	Bayern
Hinweise:	<a href="#">AK V am 11./12.05.11 zu TOP 3</a> <a href="#">IMK am 06./07.12.12 zu TOP 26</a> <a href="#">AK V am 06./07.11.13 zu TOP 4</a> <a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 47</a> <a href="#">AK V am 03./04.04.14 zu TOP 3</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt keine Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	X D 13.1

#### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK nimmt den [Zwischenbericht](#) der AG "Fukushima" des AK V (Stand: 27.03.14) sowie die Empfehlung der Strahlenschutzkommission "Planungsgebiete für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken" (Stand: 14.02.14) zur Kenntnis.
2. Die Innenminister und -senatoren der Länder sind sich einig, die Empfehlung der Strahlenschutzkommission bei den Planungen des Katastrophenschutzes in der Umgebung kerntechnischer Anlagen entsprechend zu berücksichtigen.
3. Darüber hinaus sind die bestehenden "Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen vom 21.09.08" vorläufig weiterhin anzuwenden.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 28

4. Die IMK bittet den Bundesminister des Innern, sich innerhalb der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die "Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen vom 21.09.08" künftig anzupassen sind, wobei die erforderliche fristgemäße Implementierung der EURATOM Grundnormen in nationales Recht zu berücksichtigen sind.
  
5. Sie beauftragt den AK V, im Herbst 2014 den Abschlussbericht der AG "Fukushima" vorzulegen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 29:</b>	<b>Cybersicherheit</b>
<b>TOP 29.1:</b>	<b>Bericht aus dem nationalen Cyber-Sicherheitsrat und von der länderoffenen AG Cybersicherheit</b>
Berichterstattung:	Hessen
Hinweise:	<a href="#">IMK am 21./22.06.11 zu TOP 28</a> <a href="#">IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 30</a> <a href="#">aktualisierter Beschlussvorschlag IM HE vom 09.05.14</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss, keine Freigabe Bericht
Az.:	VI D 8

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den [Bericht](#) des Vertreters des Landes Hessen aus dem nationalen Cyber-Sicherheitsrat und zu den Ergebnissen und Planungen der länderoffenen Arbeitsgruppe "Cybersicherheit" (Stand: 22.05.14) zur Kenntnis und bittet, zur Herbstsitzung 2014 erneut zu berichten.
2. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, mit der Kooperationsgruppe Informationssicherheit des IT-Planungsrates die Abstimmung der Planungen und Aufträge für das Jahr 2014 fortzusetzen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

**TOP 29:**

Cybersicherheit

**TOP 29.2:**

AG Cybersicherheit

**Abschlussbericht der AG Cybersicherheit und  
des AK V zur  
Bestandsaufnahme der Cybersicherheit  
Kritischer Infrastrukturen am Beispiel der  
Energiewirtschaft**

Berichterstattung:

Hessen

Hinweise:

[IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 30](#)

[AK V am 03./04.04.14 zu TOP 17](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss,  
keine Freigabe Bericht

Az.:

VI D 8

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK nimmt den gemeinsamen [Bericht](#) (Stand: 07.05.14) der AG Cybersicherheit und des AK V zur Bestandsaufnahme der Cybersicherheit Kritischer Infrastrukturen am Beispiel der Energiewirtschaft zur Kenntnis.
2. Die Gewährleistung der Cybersicherheit ist eine zentrale Herausforderung für Unternehmen der Kritischen Infrastrukturen. Die für Informationssicherheit zuständigen staatlichen Stellen können hier vor allem beratend und informationssteuernd unterstützen. Die Kooperation der AG Cybersicherheit mit dem UP Kritis ist dabei ein wichtiger Bestandteil dieses institutionalisierten Austauschs und sollte fortgesetzt werden. Die IMK bittet die AG Cybersicherheit und den AK V, anlassbezogen über die weiteren Aktivitäten zu berichten.



## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 29.2

3. Sie bittet ihren Vorsitzenden, den Bericht den Vorsitzenden der Wirtschaftsministerkonferenz, der Verkehrsministerkonferenz, der Umweltministerkonferenz und der Gesundheitsministerkonferenz zur Kenntnis zu geben. Sie bittet die vorgenannten Konferenzen um Prüfung, welche Maßnahmen in eigener Zuständigkeit zu ergreifen sind, um die Cybersicherheit bei Kritis-Unternehmen weiter zu verbessern. Hierfür bietet die IMK die Unterstützung durch die AG Cybersicherheit an.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

**TOP 29:**

**Cybersicherheit**

**TOP 29.3:**

**AG Cybersicherheit**

**Operative Zusammenarbeit der Länder**

Berichterstattung:

Hessen

Hinweise:

[IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 30](#)

[Beschlussvorschlag IM HE vom 21.05.14](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss

Az.:

VI D 8

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

1. Die IMK beauftragt die länderoffene AG Cybersicherheit mit der Prüfung, wie durch Bildung von Länderkooperationen und anderen Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cybersicherheit operativ Verbesserungen erreicht werden können. Darüber hinaus begrüßt die IMK ausdrücklich, dass Länder in gemeinsamen IT-Krisenübungen kontinuierliche Verbesserungsprozesse organisieren und bittet, auch diese Maßnahmen auszubauen.
2. Der IT-Planungsrat hat im März 2013 eine für Bund und Länder verbindliche Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung verabschiedet. Die Leitlinie sieht zum Beispiel den Aufbau von CERT-Strukturen in den Ländern bereits vor. Um Kompetenzkonflikte und Mehraufwände zu vermeiden, bittet die IMK die AG Cybersicherheit, ihr Vorgehen eng mit dem IT-Planungsrat abzustimmen.
3. Die IMK beauftragt die länderoffene AG Cybersicherheit ferner, auf ihrer Frühjahrssitzung 2015 über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 30:

### Bericht aus dem IT-Planungsrat

Berichterstattung:

Mecklenburg-Vorpommern

Hinweise:

[IMK am 18./19.11.10 zu TOP 34](#)

[IMK am 23./24.05.13 zu TOP 32](#)

[IMK vom 04. bis 06.12.13 zu TOP 31](#)

[Beschlussvorschlag IM MV vom 24.04.14](#)

Veröffentlichung:

Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und  
Bericht

Az.:

V E 4

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

Die IMK nimmt den [Bericht](#) des Ansprechpartners der IMK für den IT-Planungsrat über die Sitzung des IT-Planungsrates vom 12.03.14 (Stand: 25.04.14) zur Kenntnis.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 31:

#### Bericht der Länder-Bund-Arbeitsgruppe "Zukunft Personal"

Berichterstattung:	Mecklenburg-Vorpommern
Hinweise:	<a href="#">AK VI am 11./12.10.12 zu TOP 7</a> <a href="#">AK VI am 10./11.04.14 zu TOP 7</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss und Handlungsempfehlungen
Az.:	XI C 2

#### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die IMK begrüßt die [Handlungsempfehlungen](#) (Stand: 11.04.14) aus dem Bericht "Demografie und Personalentwicklung im öffentlichen Dienst". Sie sind geeignet, grundlegende Orientierung und Maßstäbe für einen auch in Zukunft leistungsstarken und neuen Anforderungen gerecht werdenden öffentlichen Dienst beim Bund und in den Ländern aufzuzeigen.
2. Die IMK beauftragt den AK VI, die Handlungsempfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit aktuellen Praxisbeispielen fortschreiben zu lassen.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 32:

### Steuerliche Behandlung von kommunalen Mandatsträgern

Berichterstattung:	Niedersachsen
Hinweis:	<a href="#">AK III am 15./16.05.14 zu TOP 14</a>
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	VIII F 4.12

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder weisen darauf hin, dass kommunale Selbstverwaltung die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, sich in den Vertretungen ihrer Gemeinden und Landkreise zu engagieren. Diese ehrenamtliche Tätigkeit für das Gemeinwohl ist insbesondere deshalb anzuerkennen und zu unterstützen, weil sie unentgeltlich erfolgt. Die Aufwandsentschädigung für kommunale Mandatsträger dient nicht ihrer Alimentation, sondern soll finanzielle Nachteile aus ehrenamtlicher Tätigkeit vermeiden. Lediglich soweit die Aufwandsentschädigung auch durch Mandatstätigkeit entstandenen Verdienstaufschlag kompensiert, kann von einem Beitrag zum Einkommen ausgegangen werden.
2. Sie gehen in Anbetracht des demografischen Wandels davon aus, dass die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die ein kommunales Mandat übernehmen wollen, in Zukunft abnimmt. Schon die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Bereitschaft, sich langfristig durch eine ehrenamtliche Tätigkeit zu binden, zurückgeht. Die Rahmenbedingungen dafür sollten deshalb so ausgestaltet sein, dass sie die Bereitschaft zur Übernahme von kommunalen Mandaten fördern.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 32

3. Die IMK hält es vor diesem Hintergrund nicht für sachgerecht, wenn Aufwandsentschädigungen für kommunale Mandatsträger und die Überlassung von im Rahmen der Mandatstätigkeit zur Verfügung gestellten Arbeitsmitteln steuerlich behandelt werden wie Einnahmen bei Selbständigen, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen. Das führt dazu, dass bei von den Kommunen für die Mandatstätigkeit zur Verfügung gestellten Arbeitsmitteln Kosten anteilig als Betriebseinnahmen der kommunalen Mandatsträger erfasst werden, wenn die Mitbenutzung für private Zwecke nicht ausgeschlossen wird. Ehrenamtliche Mandatsträger werden damit steuerlich sogar schlechter gestellt als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen die Vorteile aus der privaten Nutzung von derartigen betrieblichen Geräten steuerfrei sind (§ 3 Nr. 45 EStG).
4. Die IMK bittet daher die FMK zu prüfen, wie die steuerlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige, insbesondere kommunale Mandatsträger, verbessert werden können.
5. Sie bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss dem Vorsitzenden der FMK zu übermitteln.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 33:

### EPSAS - Harmonisierung des öffentlichen Rechnungswesens in Europa

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen  
Hinweis: [AK III am 15./16.05.14 zu TOP 8](#)  
Veröffentlichung: Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss  
Az.: VIII F 1.3

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder nehmen zur Kenntnis, dass die FMK beabsichtigt, zur Begleitung des EPSAS-Prozesses zur Harmonisierung des öffentlichen Rechnungswesens ein Beschlussgremium auf StS-Ebene und ein Arbeitsgremium auf Referentenebene einzusetzen. Wie schon im Beschluss des Bundesrates -BR-Drs.: 811/13 (Beschluss)- zum Ausdruck gebracht wird, ist es unabdingbar, die Belange und Erfahrungen der Länder und Kommunen in diese Arbeit einzubeziehen und dies über die Einbindung der zuständigen bestehenden oder ggf. neu einzurichtenden Abstimmungsgremien sicherzustellen.
2. Die IMK bittet die FMK, in die vorgesehenen Gremien jeweils einen Vertreter der IMK einzubeziehen.
3. Sie regt an, den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene ebenfalls Gelegenheit zur Mitwirkung in diesen Gremien zu geben.
4. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss dem Vorsitzenden der FMK zu übermitteln.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn



## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### TOP 34:

**Reduzierung von Raub-, Diebstahls- und Betrugstaten im Zusammenhang mit dem Erlangen von hochwertigen Handys/Smartphones durch Verhinderung der Nachnutzung**

Berichterstattung:	Bremen
Hinweis:	Beschlussvorschlag BfIuS HB vom 26.05.14
Veröffentlichung:	Vorkonferenz empfiehlt Freigabe Beschluss
Az.:	VI D 7.1/6

### Beschlussvorschlag Vorkonferenz:

1. Die Innenministerkonferenz stellt die erhebliche Bedeutung von Raub-, Diebstahls- und Betrugstaten im Zusammenhang mit dem Erlangen von hochwertigen Handys/Smartphones und so genannten Tablet-Computern fest.
2. Sie hält es für erforderlich, diese Straftaten und die damit verbundenen erheblichen Folgen für die Opfer deutlich zu reduzieren. Ein Ansatz hierzu besteht in der Unbrauchbarmachung oder der erheblichen Erschwerung der Nachnutzung des Beutegutes.
3. Sie beauftragt den AK II mit der Prüfung, welche Möglichkeiten zur Verhinderung der Nachnutzung von Handys/Smartphones/Tablet-Computern - etwa durch die Sperrung der IMEI-Nummern abhanden gekommener Geräte - bestehen und welche technischen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen erforderlich wären, um dieses Ziel zu erreichen.
4. Sie bittet ihren Vorsitzenden, die Telekommunikationsdienstleister einzuladen, sich an einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu beteiligen.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

5. Sie beauftragt den AK II, ihr zur Herbstsitzung 2014 zu berichten.

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

<b>TOP 35:</b>	<b>Weiterentwicklung der Bekämpfung der Rockerkriminalität</b>
Berichterstattung:	BMI
Hinweise:	UB IMK vom 01.10.13 UB AK II vom 04.06.14 alternativer Beschlussvorschlag IM HE vom 06.06.14
Veröffentlichung:	AK II empfiehlt keine Freigabe Beschluss und Bericht
Az.:	VI D 2.2/5b

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die IMK nimmt den Bericht "Maßnahmen zur Unterbindung von Gewalttaten und Expansionsbestrebungen krimineller Rockergruppen -VS-NfD-" (Stand 08.05.14) zur Kenntnis.
2. Sie begrüßt die weiterhin konsequente Umsetzung der bestehenden Fachkonzepte und hält die in dem Bericht beschriebenen weiteren Maßnahmen für geeignet, die Bekämpfung der Rockerkriminalität weiter zu intensivieren.
3. Sie begrüßt darüber hinaus insbesondere die bereits initiierte Prüfung
  - der Einführung eines zusätzlichen ermittlungsunterstützenden Hinweises (EHW) "Rocker" in INPOL-Z sowie die Verwendung eines möglichen EHW "Rocker" und des bereits eingeführten personengebundenen Hinweises (PHW) "Rocker" auch für rockerähnliche Gruppierungen,
  - der Möglichkeit zur Schaffung einer schnittstellenbasierten Datenübergabe aus der

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

INPOL-Fall Anwendung FUSION an das Europol Informationssystem (EIS),

noch TOP 35

- der Aufnahme weiterer Rockergruppierungen sowie ihrer Unterstützergruppen in den Focal Point Monitor Europol,
  - organisatorischer Maßnahmen für ausstiegswillige Mitglieder von Outlaw Motorcycle Gangs (OMCG) im zuständigen Fachgremium und
  - präventiver Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit rockerähnlichen Gruppierungen durch die PL PK.
4. Die IMK bittet das BMI, mögliche Anpassungen im Strafrecht (u. a. §§ 125, 129 StGB), Strafverfahrensrecht (u. a. §§ 100a StPO, Mindestspeicherfristen, Kronzeugenregelung, Überwachung verschlüsselter Telekommunikationsinhalte) und Vereinsrecht zu prüfen. Ferner bittet sie Bund und Länder, die Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Behörden und Institutionen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Rockerkriminalität zu intensivieren.

## Beschlussvorschläge

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 35

### alternativer Beschlussvorschlag HE:

1. unverändert
2. Sie begrüßt die weiterhin konsequente Umsetzung der bestehenden Fachkonzepte, **insbesondere den Vollzug zahlreicher vereinsrechtlicher Verbote krimineller Ro-ckergruppen durch die Länder** und hält die in dem Bericht beschriebenen weiteren Maßnahmen für geeignet, die Bekämpfung der Rockerkriminalität weiter zu intensi-vieren.
3. **Sie begrüßt die bereits bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit der Länderpolizeien mit den anderen Behörden und Institutionen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Rockerkriminalität und bittet, diese weiter auszubauen.**
- ~~3. 4. unverändert~~
- ~~4. 5. Die IMK bittet das BMI, **die erfolgreiche Bekämpfung der Rockerkriminalität durch die Länder zu unterstützen und die für eine wirkungsvolle repressive Bekämpfung erforderlichen mögliche Anpassungen im Strafrecht (§§ 125, 129 StGB), Strafverfahrensrecht (u.a. § 100a StPO, Mindestspeicherfristen, Kronzeugenregelung, Überwachung verschlüsselter Telekommunikationsinhalte) und Vereinsrecht zu prüfen. vorzunehmen sowie beschleunigt Möglichkeiten zur Überwachung verschlüsselter Telekommunikationsinhalte wiederherzustellen.** Ferner bittet sie Bund und Länder, die Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Behörden und Institutionen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Rockerkriminalität zu intensivieren.~~

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

noch TOP 35

- 6. Weiterhin bittet sie das BMI um Prüfung, ob durch eine Fortschreibung des Vereinsgesetzes Klarheit darüber geschaffen werden kann, dass das Tragen von Kenn-zeichen, die bis auf Zusätze denen verbotener Vereine entsprechen oder diesen ähnlich sind, strafbewehrt ist.**

## **Beschlussvorschläge**

für die 199. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.14 in Bonn

### **TOP 36:**

### **Nächste Sitzung**

Berichterstattung:

Nordrhein-Westfalen

Az.:

I A 6.1/200

### **Beschlussvorschlag Vorkonferenz:**

Die nächste Sitzung der Innenministerkonferenz findet vom 11. bis 12.12.14 in Köln statt.

Die Vorkonferenz der Staatssekretäre und -räte soll am 25./26.11.14 in Berlin stattfinden.